

Pressemitteilung

Keine BuGa 2023 in Mannheim! Bürgerinitiative hat sich gegründet.

Die vom Gemeinderat beschlossene Bewerbung für die Ausrichtung einer Bundesgartenschau in Mannheim wird von der neu gegründeten Bürgerinitiative „Mannheim 23 – Keine BuGa“ abgelehnt.

Die derzeitigen Planungen für eine Bundesgartenschau sind verbunden mit untragbaren ökonomischen Risiken und ökologischen Verschlechterungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mannheim. Ein solches Vorhaben ist keine Chance für Mannheim, sondern schlicht unverantwortlich.

Die vorwiegend auf dem Landschaftsschutzgebiet „Feudenheimer Au“ geplante Leistungsschau des Gartenbaugewerbes birgt erhebliche Risiken.

„Der von allen befürwortete Grünzug Nord-Ost lässt sich auf andere Weise deutlich günstiger und ökologisch wertvoller umsetzen.

Die Entwicklung der Spinelli-Kaserne und eine weitere Aufwertung der Au sind mit deutlich niedrigeren Kosten möglich. Der unmittelbar an die Spinelli-Kaserne angrenzende Bürgerpark zeigt, wie das Kasernengelände anderweitig entwickelt werden könnte.“ meint Ursel Risch, 1. Vorsitzende von 100 Pro Energiewende.

Fraglich für die Bürgerinitiative ist auch, ob ein solch massiver Eingriff in ein Landschaftsschutzgebiet juristisch überhaupt möglich ist. „Im Zweifelsfall werden wir das gemeinsam mit anderen Gruppen gerichtlich prüfen lassen“ kündigt Dr. Andreas Frank von der Bürgerinitiative an.

Die von der Stadt Mannheim genannten Kosten von 105 Millionen sind nach Ansicht der BI viel zu niedrig angesetzt. Ob die eingeplanten Zuschüsse so kommen werden, ist zudem keineswegs sicher.

Erfahrungen mit anderen Großprojekten zeigen, dass die anfänglich behaupteten Gesamtkosten in der Regel hemmungslos überschritten werden, wenn das Projekt sich im Bau befindet.

Auch bei der BuGa gibt es vor allem im Bereich Verkehrsplanung noch zahlreiche offene Fragen, insbesondere was die Verlegung der Straße am Aubuckel zwischen der Spinelli-Kaserne und der Au betrifft. Allein dafür sind Kosten im deutlich zweistelligen Millionenbereich zu veranschlagen. „Wir befürchten, dass die ohnehin stark verschuldete Stadt Mannheim hier ein Prestigeprojekt auf Kosten zukünftiger Generationen durchdrücken will“ so die Sorge von Klaus Brückner, Mitglied der BI.

Eine BuGa wird massiv öffentliches Vermögen vernichten (Straße am Aubuckel) und große, überflüssige Ausgaben verursachen (Verlegung, bzw. Tieferlegung der Straße Am Aubuckel, Sprung über den Neckar), welche nur der BuGa zuzuordnen sind und Mannheim keine überzeugenden Vorteile bringen. Dies wird als eklatanter Verstoß gegen das Wirtschaftlichkeitsgebot der Landesverfassung des Landes Baden Württemberg gesehen und betrifft hier die Ausgaben der Stadt Mannheim und auch die möglichen Landeszuschüsse in dieses unwirtschaftliche Projekt, meint Dr. Reiner Nußbaum von „Keine BuGa 2013“.



Der Stadt Mannheim wird weiterhin vorgeworfen, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen.

Angepriesen wird die BuGa als Entwicklungsprojekt im Rahmen der Konversion, allerdings hat die Feudenheimer Au mit der Konversion nichts zu tun.

Außerdem sollen – ähnlich wie bei Stuttgart 21 - am Rand des eventuellen BuGa-Geländes neue Standorte für Immobilien entstehen. Zum einen würde die Wohnbebauung, wie sie in den Plänen der Machbarkeitsstudie vorgeschlagen wird, die Frischluftschneise beeinträchtigen, zum anderen hätten nur wenige Privatpersonen dadurch einen Nutzen. Es würde jedoch zu einer Verteuerung des bestehenden Wohnraumes führen, was für viele Anwohnerinnen und Anwohner gleichbedeutend mit einer Vertreibung aus ihren Wohnungen wäre.

Auch die gerne genannte Bürgerbeteiligung ist bisher eher Schein als Sein. In den anstehenden Arbeitsgruppen zur BuGa, an der sich einige wenige Bürgerinnen und Bürger beteiligen können, geht es nur noch um das „Wie“ und nicht mehr um das „Ob“ einer Bundesgartenschau.

Konsequenter ist da der von vielen bereits geforderte Bürgerentscheid darüber, ob überhaupt eine BuGa in Mannheim, beziehungsweise ob diese in der Feudenheimer Au stattfinden soll. Begrüßenswert ist es, dass sich mittlerweile auch Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz zu einem Bürgerentscheid durchgerungen hat. „Wir als BI bevorzugen nicht zuletzt aus Kostengründen als Termin für den Bürgerentscheid den Tag der Gemeinderatswahl in 2014“ sagt Brigitte Franz von der BI.

Wir meinen: Mannheim braucht keine Bundesgartenschau!

Wenn Sie auch der Ansicht sind, dann kommen Sie zu einer Bürgerversammlung am

Mittwoch, den 19. Juni 2013 um 19 Uhr

im Jugendkulturzentrum FORUM

**Neckarpromenade 46
68167 Mannheim**

Tobias Staufenberg, Geschäftsführer des BUND Rhein Neckar Odenwald referiert über die ökologischen Auswirkungen einer Bundesgartenschau in Mannheim. Herr Dr. Reiner Nussbaum und Herr Klaus Brückner geben einen Einblick in die wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Aspekte aus unserer Sicht.

Kontakt: Dr. Reiner Nußbaum (reiner.nussbaum@keine-buga2023.org),
Dr. Andreas Frank (0176/28463406),
info@keine-buga2023.org,
www.keine-buga2023.org